

Bericht über die Ergebnisse der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 30.09.2009

TOP-Nummer: 1

Aufnahme von Gesprächen mit der SGD-Süd wegen des Polderbaus; Antrag der FWG-Fraktion

Der Gemeinderat (Legislaturperiode 2004 bis 2009) hatte in seiner Sitzung am 27.05.2009 mehrheitlich beschlossen, die Erörterung und Beschlussfassung zum Antrag der FWG zu vertagen und auf den neu gewählten Gemeinderat zu übertragen.

Der Vorsitzende verliest den Antrag der FWG vom 01.04.2009 und verweist auf seine bereits in der Sitzung vom 27.05.2009 getätigten Ausführungen. Er informiert darüber hinaus über seine Anfragen an die SGD-Süd, Herrn Vizepräsident Neumann, die bis zum heutigen Tage unbeantwortet blieben. Aufgrund der Vorschrift des § 33 GemO ist er leider verhindert, den Schriftwechsel offen zu legen, da schützenswerte Interessen von Herrn Neumann Beachtung finden müssen.

RM Uwe-Peter Schreiner rechnet mit einer „Abfuhr“ bezüglich des anhängenden Revisionsverfahrens beim BVG.

Für den Vorsitzenden erscheinen die Argumente der FWG-Fraktion unverständlich, da auch die FWG-Fraktion dem Klageverfahren gegen den Polder zugestimmt habe.

RM Klauer lehnt Gespräche mit dem Prozessgegner während des laufenden Prozesses strikt ab.

RM Dr. Grau teilt mit, dass seine Fraktion nach wie vor den Polder verhindern will. Es sei keine Zeit für Gespräche, vielmehr steht bei seiner Fraktion das Vertrauen in die Verwaltungsgerichtsbarkeit im Vordergrund. Darüber hinaus sieht er auch politische Möglichkeiten, wenn sich im Zuge der Landtagswahlen 2011 die Mehrheitsverhältnisse im Landtag verschieben sollten.

RM Burlafinger verneint ebenso Gespräche zum jetzigen Zeitpunkt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	05
Nein-Stimmen	16
Enthaltungen	02

TOP-Nummer: 2

weitere Vorgehensweise im Sanierungsgebiet, Ausbau der Gehwege Ludwigstraße (Pfarrhaus und Ludwigsplatz) -Variante 1 und 2-;

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 27.05.2009 über den Ausbau der Gehwege Ludwigstraße (von Ludwigsplatz bis Pfarrhaus) beraten. Die Angelegenheit wurde kontrovers diskutiert. Zwar erkennt der Rat das dringende Erfordernis des Gehwegausbaus, die planerische Lösung indes ist nicht zufriedenstellend. Der Ausgleich des Höhenniveaus im Gehweg durch einen stufenförmigen Ausbau sowie der sich daraus ergebende Höhenunterschied zur Straße fand keine Zustimmung. Es wurde vorgeschlagen, dass das Büro BBP den Plan überarbeitet und diesen vorstellt. Die Angelegenheit wurde vertagt.

Die mittlerweile von dem Büro BBP entworfene Alternativplanung (Variante 2), sieht den Einbau eines Rundbords anstelle der Einfassung mittels 2 Stufen vor. Mit Schreiben vom

25.08.2009 hat der Planer die vorgenannten Alternativen verglichen (siehe Anlage). Um die vorhandenen und denkmalgeschützten Bäume zu erhalten, ist die Erhöhung der Einfassung an der Straße erforderlich. Die ursprüngliche Planung (Variante 1 –stufenförmiger Ausbau) hat den Vorteil einer weichen Trennung, die für Fußgänger keine Barriere darstellt. Hierbei handelt es sich um ein gängiges Gestaltungsmittel.

Die Variante 2 (Einfassung mit Rundbord bzw. rundem Werkstein) stellt eine Fußgängerbarriere dar. Dieser Werkstein ist nicht aus traditionellen Formen abgeleitet und ist somit ein neues Gestaltungselement. Darüber hinaus kämen Kosten in Höhe von rd. 3.000 € für die Absperrgitter hinzu.

Somit wird aus planerischer Sicht die Variante 1 vorgeschlagen.

Zusammenfassend wird nochmals darauf hingewiesen, dass die Verkehrssicherheit des Gehweges im Bereich der Naturdenkmale vor dem Pfarrhaus durch Stolperstellen stark beeinträchtigt ist. Vor dem Hintergrund des gebotenen Abschlusses der Ortskernsanierung, stellt dies die letzte Möglichkeit dar, die o. g. Maßnahme mit Sanierungsmitteln zu fördern.

In Anbetracht der o. g. Situation empfiehlt die Verwaltung, dem Ausbau der Gehwege in der Ludwigstraße (Pfarrhaus und Ludwigsplatz, Variante 1 –stufenförmiger Ausbau-) wie vorgeschlagen zuzustimmen. Dieser Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der erforderlichen Zustimmungen (z. B. Landesbetrieb Mobilität, untere Denkmalpflegebehörde, förderrechtliche Anerkennung durch die ADD). Die zur Realisierung des o. g. Vorhabens erforderlichen Maßnahmen werden beauftragt. Zu gegebener Zeit ist über die Vergabe der Bauleistungen zu beraten.

RM Hofacker spricht sich für die Umsetzung der Variante 1 aus und schlägt ergänzend vor, im Bereich der Baumscheiben Bodendecker zu pflanzen, anstatt Splitt einzusetzen. Damit wäre auch die Überquerung der Straße infolge der Begrünung eher unwahrscheinlich.

RM Alexander Klauer spricht sich für Variante 2 aus, stellt aber darüber hinaus den weitergehenden Antrag, die in Rede stehende Haltebucht in ihrer jetzigen Form zu erhalten.

RM Kobel spricht sich ebenfalls für Variante 2 aus, will aber auch auf Splitt unter den Bäumen verzichten.

RM Uwe-Peter Schreiner spricht sich für Variante 1 aus, will jedoch die Maßnahme in zwei Plangebiete getrennt sehen, nämlich die Gehwegsanierung entlang der Kirche sowie die Sanierung von Kriegerdenkmal bis Kirche.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen wurde wie folgt abgestimmt:

a) Die Haltebucht wird in Ihrer jetzigen Form erhalten, jedoch mit saniert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	16
Nein-Stimmen	00
Enthaltungen	08

b) Die Sanierung erfolgt im Übrigen nach Variante 1, unter der Maßgabe, dass im Bereich der Bäume kein Splitt eingesetzt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	14
Nein-Stimmen	00

TOP-Nummer: 3**Erneuerung der Heizungsanlage im Rathaus und in der Maxschule;
Nahwärmekonzept**

Die Heizungsanlagen im Rathaus und in der Maxschule müssen altersbedingt erneuert werden.

Hierfür hat die Verwaltung 3 Varianten untersucht:

1. Die bestehenden Heizungsanlagen werden jeweils durch neue Gas-Brennwertheizungen ausgetauscht.
Die Investitionskosten hierfür betragen rund € 132.000,00 brutto inklusive Ingenieurkosten.
Die jährlichen Kosten für diese Variante betragen rund € 34.585,00 brutto.
2. Die bestehenden Heizungsanlagen werden in Form eines Nahwärmekonzepts gegen eine Biomasseheizung ausgetauscht. Die Heizungszentrale befindet sich im Rathaus, welche mittels Nahwärmeleitung die Maxschule mit versorgt.
Die Investitionskosten hierfür betragen rund € 67.000,00 brutto inklusive Ingenieurkosten.
Die jährlichen Kosten für diese Variante betragen rund € 23.345,00 brutto.
3. Die bestehenden Heizungsanlagen werden in Form eines Nahwärmekonzepts gegen eine Biomasseheizung ausgetauscht.
Sämtliche Investitionskosten werden im Rahmen eines Contractingvertrages vom Vertragspartner getätigt. Ebenso fallen keinerlei jährliche Kosten für Energiebezug, Wartung, Abschreibung, Eigenkapitalverzinsung etc. an.
Die Gemeinde zahlt lediglich auf Dauer von 15 Jahren einen festgeschriebenen Preis für den Energiebezug.
Die jährlichen Kosten für diese Variante betragen rund € 26.000,00 brutto.

Bei den Investitionskosten für die Variante 1+2 wurden bereits € 53.000,00 in Abzug gebracht, die im Rahmen des Konjunkturprogramms II an Investitionszuschuss für die Heizungsanlage in der Maxschule zugesichert wurden.

Die TWL AG hat im Auftrag der Gemeinde den Energiebedarf für die Gebäude Rathaus und Maxschule ermittelt und im Ergebnis o.g. Nahwärmekonzept vorgeschlagen. Dies bietet weiterhin die Möglichkeit, zu einem späteren Zeitpunkt das Bürgerhaus alta ripa ebenfalls in die Nahwärmeversorgung mit einzubinden.

Vertreter der TWL AG in Ludwigshafen werden das Nahwärmekonzept vorstellen.

Aufgrund des Investitionskostenzuschusses in Höhe von 90 v.H. für die Heizungsanlage in der Maxschule stellt die Variante 2 die wirtschaftlichste Lösung dar.

Die Verwaltung schlägt daher vor, für die Durchführung der Variante 2 ein Ingenieurbüro zu beauftragen.

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage der Verwaltung und trägt den Sachverhalt vor. Aus dem Vortrag entwickelt sich eine lebhaftere Diskussion unter den RM in deren Verlauf die Frage der Verknüpfung der Heizsysteme, die Umsetzung eines

Nahwärmekonzeptes zu einem späteren Zeitpunkt, die Dimensionierung der Vernetzung sowie der Möglichkeit einer späteren Inselfösung.

RM Krüger stellt den erweiterten Antrag, vor der Umsetzung o. g. Konzepte in einer ersten Prioritätsstufe eine Vernetzung der Heizsysteme der drei in Rede stehenden Gebäude herzustellen.

Über den Antrag wird wie folgt befunden:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	09
Nein-Stimmen	14
Enthaltungen	01

Sodann stellt der Vorsitzende die Variante 2 zur Abstimmung. Es wird wie folgt beschlossen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	23
Nein-Stimmen	00
Enthaltungen	01

Der Vorsitzende weist abschließend darauf hin, dass der im Rahmen der Diskussion von RM Krüger vorgetragene Vorschlag zur Erstellung eines Stufenplanes bezüglich Aufbau und Finanzierung einer Nahwärmekonzeption zuerst im zuständigen Ausschuss beraten werden muss. Aus diesem Grunde wird die Angelegenheit zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden.

TOP-Nummer: 4

Einbeziehung der BürgerInnen Altrips in den Entscheidungsprozess zur Kommunal- und Verwaltungsreform;

Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Antrag zuerst im zuständigen Ausschuss vorberaten werden muss. Es besteht Einvernehmen, dass so verfahren wird. Ein Beschluss wird nicht gefasst.

TOP-Nummer: 5

Änderung der Spiel- und Aufenthaltszeiten auf dem Schulgelände;

Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Antrag zuerst im zuständigen Ausschuss vorberaten werden muss. Es besteht Einvernehmen, dass so verfahren wird. Ein Beschluss wird nicht gefasst.

TOP-Nummer: 6

weitere Ruhebänke am "Retzerbaum";

Antrag der SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 14.09.2009 beantragt:

Die Gemeindeverwaltung möge die entsprechenden Schritte unternehmen, damit eine weitere Bank am „Retzerbaum“ (Strom-km 412) aufgestellt werden kann.

Begründung:

Nachdem die Rundbank am „Retzerbaum“ um die Eiche, wegen Baumbeschädigungen 2004 entfernt werden musste, stellten wir am 17.04.2005 den Antrag wieder eine Bank aufzustellen. Daraufhin wurde spontan eine Bank gespendet und auch kostenlos aufgestellt. Viele Spaziergänger hauptsächlich von Altrip kommend – entweder am Rhein entlang (Horrenbau), durch den Wald oder auf dem Bermenweg (Rheindamm) – nutzen diese Bank zum Verweilen und um den schönen Ausblick zum Rhein zu genießen. Inzwischen ist dies auch ein regelrechter „Rentnertreff“ geworden.

Die Sitzgelegenheiten (4 Sitze) reichen bei weitem nicht aus und sollten daher nach Möglichkeit erweitert werden.

Bei einem Telefonat mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt Speyer schilderten wir die derzeitige Situation und es wurde uns zumindest signalisiert, dass prinzipiell nichts dagegen spricht, eine weitere Bank aufzustellen. Die Gemeindeverwaltung, solle sich daher wegen dieser Sache an Speyer wenden.

Es entwickelt sich eine lebhafte Diskussion, in deren Verlauf sich RM Klaus Mansky spontan bereit erklärt, die Ruhebank zu stiften. Hierauf sichert der Vorsitzende zu, dass die Installation der Ruhebank durch den Bauhof der Gemeinde Altrip erfolgen wird.

Sodann wird beschlossen, dass dem Antrag der SPD-Fraktion stattgegeben wird und im Übrigen wie oben dargestellt verfahren werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	24
Nein-Stimmen	00
Enthaltungen	00

TOP-Nummer: 7

**Überprüfung der Parksituation in der Dalbergstraße zwischen Schillerstraße und Rheingönheimer Straße;
Antrag der FWG-Fraktion**

Die FWG-Fraktion hat mit Schreiben vom 12.09.2009 folgenden Antrag zur Beschlussfassung in der nächsten Gemeinderatsitzung vorgelegt:

Überprüfung der Parksituation in der Dalbergstraße zwischen Schillerstraße und Rheingönheimer Straße.

In dem oben genannten Teilabschnitt ist es, durch sehr unorthodoxe Parkweise, leider sehr oft kaum noch möglich selbst mit dem PKW vernünftig durch zu kommen. Es wird eine Überprüfung der Situation durch das Ordnungsamt und um Ergreifen geeigneter Maßnahmen gebeten.

Der Vorsitzende verliert den Antrag der FWG-Fraktion und informiert, dass die Verwaltung das Regelungsbedürfnis bereits erkannt habe und derzeit, auch für andere Straßenzüge, konzeptionelle Überlegungen angestellt werden. Das Ergebnis soll dann im zuständigen Ausschuss vorberaten und im Gemeinderat beschlossen werden. Er gibt zu bedenken, dass jedes Eingreifen der Ordnungsbehörde zwangsläufig den Verlust von Parkmöglichkeiten nach sich zieht, da sich eine verkehrspolizeiliche Anordnung, und sei es nur zum Parken, immer an den strengen Regeln der StVO orientiert.

Die FWG-Fraktion erklärt sich einverstanden, dass der Antrag im Zuge einer zu erstellenden Verkehrskonzeption zu einem späteren Zeitpunkt beraten wird. Ein Beschluss ist daher nicht zu fassen.

TOP-Nummer: 8

**Ausgleichsmaßnahmen für das Baugebiet Speyerer Straße;
Antrag der FWG-Fraktion**

Die FWG-Fraktion hat mit Schreiben vom 12.09.2009 folgenden Antrag zur Beschlussfassung in der nächsten Gemeinderatsitzung vorgelegt:

Ausgleichsmaßnahmen für das Baugebiet Speyerer Straße

Die Gemeindeverwaltung soll überprüfen ob in unserem Grundstücksbestand nicht landwirtschaftlich genutzte Flächen sind, die sich als Ausgleichsflächen für das oben genannte Baugebiet eignen. Der von dem Eigentümer bezahlte Geldbetrag soll dort verwendet werden um Streuobstwiesen oder dergleichen anzulegen. Von einer Verwendung der Mittel auf dem ehemaligen Naturistengelände soll abgesehen werden.

Der Vorsitzende verliest den Antrag und informiert über die bislang mit der Unteren Landespflegebehörde geführten Gespräche und deren Bereitschaft in Natur und Landschaft der Gemeinde Altrip zu investieren. Im vorliegenden Fall wird in die Renaturierung des ehemaligen Naturistengeländes investiert.

Bei der Entscheidung der Landespflegebehörde, welche Grundstücke für Maßnahmen der Landespflege herangezogen werden, handelt es sich um eine staatliche Auftragsangelegenheit, die eine Beschlusskompetenz des Gemeinderates ausschließt.

Ungeachtet dessen ermittelt die Verwaltung derzeit gemeindeeigene Flächen, die als landespflegerische Ausgleichsflächen in Betracht kommen können und die künftig als Vorschlagsliste der Unteren Landespflegebehörde dienen soll.

In diesem Zusammenhang schlägt RM Hofacker vor, auf eine Vernetzung der Grundstücke zu achten, ähnlich der bereits praktizierten Biotopvernetzung des Landes Rheinland-Pfalz.

Der Gemeinderat wird zu einem späteren Zeitpunkt nochmals mit der Angelegenheit befasst werden. Ein Beschluss ist nicht zu fassen.

TOP-Nummer: 9

**Erneuerung der Heizanlage im Rathaus und in der Maxschule;
Antrag der FWG-Fraktion**

Der Antrag wird zurückgezogen und ist daher nicht zu behandeln. Ein Beschluss ist nicht zu fassen.

TOP-Nummer: 10

Bericht über abschließende Entscheidungen der Ausschüsse

Es sind keine Beschlüsse bekannt zu geben.

TOP-Nummer: 11

Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende informiert zu folgenden Themen:

- a) Landrat Werner Schröter hat mitgeteilt, dass er sich bezüglich der Anschaffung eines „Mehrzweckfahrzeug 3“ für die Freiwillige Feuerwehr Altrip um einen Kreiszuschuss bemüht. Darüber hinaus ist vorgesehen, das Fahrzeug auch auf Kreisebene einzusetzen.
- b) Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat die Verwaltung um Informationen zur Energiebilanz der gemeindeeigenen Gebäude gebeten. Die Fragestellung ist so umfangreich, dass die Beantwortung noch Zeit in Anspruch nehmen wird.
- c) Seitens der Amerikanischen Verbindungsstelle wurde mitgeteilt, dass infolge des Rheinniedrigwassers die US-Armee gezwungen ist im Rheinauhafen Hubschrauber zu verladen. Die Hubschrauber werden zur Verladung über Altrip eingeflogen, weswegen es in den nächsten Tagen zu vermehrten Flugbewegungen durch die Überführung der Hubschrauber kommt

Aus der Mitte des Gemeinderates kommen folgende Wortmeldungen:

- a) RM Krüger erkundigt sich nach der Bauweise des Zaunes um die Albert-Schweitzer-Schule. Der Vorsitzende versichert, dass der Zaun durch eine Fachfirma errichtet wurde und die Verwaltung davon ausgeht, dass dies fachlich korrekt erfolgt sei.
- b) RM Krüger regt an, die Bäume der Mikadomulde auf dem Gelände der Albert-Schweitzer-Schule auszutauschen, da diese altersbedingt nicht mehr sicher sind. Die Verwaltung wird nach dem 15.10.2009 wieder Bäume in der Gemarkung fällen und prüfen, ob diese im Einzelfall als Ersatz geeignet sind.
- c) RM Hofacker erkundigt sich nach der Radwegproblematik in Richtung Rheingönheim. Hier liegen keine neuen Erkenntnisse vor. Es werden jedoch in Kürze Gespräche mit der Deichbaugruppe diesbezüglich geführt.
- d) RM Hofacker erkundigt sich nach der Nutzbarkeit der früheren zweiten Anlegestelle für die Rheinfähre. Der Vorsitzende nimmt dies zum Anlass über die derzeitigen Wasserverhältnisse und deren Auswirkungen auf den Fährbetrieb zu informieren.
- e) RM Uwe-Peter Schreiner fragt an, inwieweit die Möglichkeit besteht, die für den 07.10.2009 geplanten Sitzungen so auseinander zu legen, dass eine ausreichende Beratung in der Fraktion gewährleistet ist. Der Schriftführer führt hierzu aus, dass die Sitzungen einzig aus vergaberechtlichen formalen Gründen erforderlich sind und erläutert die Rechtslage.
- f) RM Ilona Klauer führt aus, dass das „Berliner Kissen“ in der Böcklinstraße unglücklich angelegt ist und schildert die Probleme der Radfahrer. Die Angelegenheit wird von der Verwaltung überprüft.
- g) RM Dr. Grau erbittet Informationen bezüglich der Schrottverwertungsbetriebe auf der Mannheimer Rheinseite und fragt an, inwieweit bereits Gespräche auf Verwaltungsebene erfolgt sind und ob bekannt ist, ob die Auflagen für die Betriebe eingehalten werden. Der Vorsitzende führt hierzu aus, dass die Gespräche bislang noch nicht stattgefunden haben. Leider bahnen sich auch juristische Probleme an, denn der Gemeinde ist bislang auch der Einblick in die Betriebsgenehmigung versagt geblieben, weswegen über die Einhaltung von Auflagen auch keine Aussage gemacht werden kann. Seitens der Verwaltung wird nach derzeitiger Sachlage nicht mehr ausgeschlossen, dass sich die Gemeinde zu gegebener Zeit mit juristischen Mitteln geeignete Lärmschutzmaßnahmen durchsetzen muss, ggfls. gegen die Betriebe vorgehen wird.
- h) RM Reiber greift nochmals die Wortmeldung von RM Ilona Klauer auf und ergänzt, dass die Verkehrsbremse für Radfahrer gänzlich ungeeignet sei.
- i) RM Schunk erkundigt sich nach Möglichkeiten, den Grünabfalllagerplatz am Bauhof so anzulegen, dass man ihn trockenen Fußes benutzen kann. Der Vorsitzende informiert, dass dies Angelegenheit der Kreisverwaltung sei und gibt zu bedenken,

dass diese kleine „Unannehmlichkeit“ bei weitem durch die Möglichkeit der ortsnahe Entsorgung der Grünabfälle überwogen wird.

TOP-Nummer: 12

Fragestunde für die Einwohner der Gemeinde Altrip

Aus der Mitte der anwesenden Einwohner wird folgendes vorgetragen:

- a) Auf dem Karl-Marx-Platz liegen Betonteile, die eine Unfallgefährdung darstellen. Der Vorsitzende nimmt die Wortmeldung zum Anlass und informiert, dass die Arbeiten an der Gestaltung des Karl-Marx-Platzes noch im Oktober dieses Jahres fortgesetzt werden sollen.
- b) Auf dem Gelände der Albert-Schweitzer-Schule befindet sich ein ungesicherter Schachtdeckel der für Kinder gefährlich sein könnte. Die Verwaltung wird sich dem annehmen.
- c) Neben Beschwerden über den Lärm der Schrottverwerter auf der Mannheimer Rheinseite wird vorgetragen, dass Erkenntnisse vorliegen, wonach zusätzlich ein Betonbrecher errichtet worden sein soll. Hierzu liegen seitens der Verwaltung keine Informationen vor. Die Verwaltung wird entsprechende Ermittlungen vornehmen.
- d) Aus der Mitte der Einwohner wird angefragt, ob nicht ein zweiter Öffnungstermin für den Grünabfalllagerplatz angestrebt werden könnte. Der Vorsitzende beantwortet die Frage und macht Ausführungen hinsichtlich der Kostenproblematik sowie absehbarer logistischer Probleme.

Altrip, den 27.10.2009
Gemeindeverwaltung Altrip
Jacob, Bürgermeister